

Postulat der FDP

gegen das Laden- & Restaurant-Sterben in der Gemeinde aufgrund der vom Bund verordneten Pandemiemassnahmen (COVID-19)

Gerne reichen wir folgendes Postulat an den Gemeinderat Unterägeri ein:

Forderung:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, aktiv etwas gegen ein mögliches Laden- und Restaurant-Sterben in der Gemeinde zu unternehmen. Sei es durch Finanzierung von Gutscheinen, welche in den Läden eingelöst werden können (u.U. Teilfinanzierung z.B. von 25 %; der Gutscheinbezüger bezahlt 75 %), sei es durch Zurverfügungstellung von Fachkompetenzen zur Selbsthilfe für die Betroffenen oder durch den Vorzug von Investitionsvorhaben.

Weiter sollen sich Härtefälle von (im Normalfall) profitablen Geschäften, die aufgrund der vom Bund verordneten Pandemiemassnahmen wesentliche Einbussen erleiden mussten und bei den nationalen und kantonalen Unterstützungsmassnahmen durch die Maschen fallen, bei der Gemeinde melden können. Nach einer unkomplizierten Prüfung der Geschäftssituation soll die Gemeinde eine bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung ausrichten. Dabei ist dem Fortbestehen des Antragstellers grösste Beachtung zu schenken.

Begründung:

Unternehmen und Selbständigerwerbende sind von den vom Bundesrat verordneten Massnahmen betroffen. Sie mussten ihre Betriebe schliessen oder ihre Dienstleistungen ohne ihr Verschulden einstellen.

Verschiedenste Hilfeleistungen werden vom Bund, Kanton und/oder Privatwirtschaft angeboten. Die Unternehmen und die Selbständigerwerbenden, welche hart durch die Coronakrise getroffen worden sind, sind teilweise wie gelähmt und die versprochenen Hilfen reichen nicht aus zum Überleben. Viele unmittelbar Betroffene wie der Detailhandel und die Gastrobranche sind akut in ihrer Existenz bedroht. Daneben gibt es indirekt betroffene Einzelunternehmen und Unternehmen, die auch betroffen sind, jedoch keine Unterstützung erhalten. All diesen KMU bzw. Gewerbetreibenden und Kulturschaffenden soll durch die Massnahmen der Gemeinde geholfen werden.

Wir sind der Überzeugung, dass mit den vorgeschlagenen Massnahmen auch Firmen, egal welcher juristischen Organisationsform, geholfen werden muss. Der Gemeinderat soll alles daransetzen, ein Laden- und Restaurant-Sterben in unserer Gemeinde zu vermeiden. Neue Firmen wieder anzusiedeln kostet auch Geld – wir sind der Meinung, dass jede Form von Unterstützung gut investiert ist. Dies sichert die ohnehin nicht hohe Zahl an Arbeitsplätzen in unserer Gemeinde.

Unterägeri, 20.05.2020

FDP.Die Liberalen, c/o Gabriela Ingold, Präsidentin, 079 340 31 57